

sehen werden, daß das Zentrum im Reichstag seine weitere Haltung davon abhängig machen wird, ob die Verträge Maxr in Preußen ebenfalls zum Scheitern verurteilt sind, wie es vor wenigen Wochen im Reichstag der Fall war. Wäre die Frage der Ruhrentscheidung in diesen Tagen bereits im Reichstag erledigt gewesen, so wären auch die Gefahren für die Regierung Luther wesentlich geringer, denn das Zentrum würde nicht von sich aus zur Offenheit übergegangen sein. Nunmehr kann aber der Fall eintreten, daß in demselben Augenblick, wo der frühere Reichskanzler Maxr durch den Widerstand der Reichsparteien seine Bemühungen aufgeben muß, im Reichstag die Frage der Ruhrentscheidung zum Austrag gelangt. Dies würde tatsächlich für das Kabinett Luther eine sehr bedenkliche Situation schaffen, denn diesmal wäre die Vertrauensfrage wesentlich kritischer als nach der Regierungserklärung. Der linke Flügel des Zentrums könnte dann offen gegen die Regierung vorgehen, während auch die Demokraten an Stelle der Stimmhaltung eine glatte Ablehnung gegenüber dem Kabinett zum Ausdruck bringen würden. Die Aussichten für die Regierung Luther sind demnach sehr trübel.

Brennende Angelegenheiten!

Wie andere Londoner Blätter, so meldet auch Morningpost, daß der volle Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission in dieser Woche veröffentlicht werden soll. Der Bericht werde zuerst von dem interalliierten Militärkomitee in Versailles geprüft werden, doch sei man allgemein der Ansicht, daß eine eingehendere Erörterung wünschenswert sei, und es sei sehr wohl möglich, daß zur Prüfung des Berichtes eine Konferenz zwischen den Vertretern der alliierten Mächte vereinbart werde und daß es zweckmäßig befunden werde, Fragen, wie die der alliierten Schulden und der französischen Sicherheit auf derselben Konferenz zu behandeln. Als wahrscheinlicher Ort der Zusammenkunft werde London angesehen.

Zu den Blättermeldungen über die bevorstehende Londoner Konferenz, betreffend die Frage der französischen Schulden, erzählt Reuters, es würde sicherlich noch geraume Zeit vergehen, bis es zu einer Konferenz kommen könne. Dagegen würden interalliierte Erörterungen über die deutsche Entwaffnung im Zusammenhang mit dem Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission stattfinden, deren Ort wahrscheinlich Versailles sein werde. Der Pariser Berichterstatter des Manchester Guardian schreibt, hinsichtlich des Wunsches der britischen Regierung, daß Deutschland in der Entwaffnungsfrage ein genaues und leicht erfüllbares Programm vorgelegt werde, während Frankreich nicht erpicht auf eine Rüchmung sei.

Kanzlerbesuch auch in Ostpreußen

Reichskanzler Dr. Luther, der gestern in Köln war, heute in München und morgen in Stuttgart sprechen wird, beabsichtigt Ende dieser Woche nach Königsberg zu fahren, um mit den führenden Kreisen Ostpreußens Fühlung zu nehmen. Wie wir erfahren, legt man in den politischen Kreisen dem Kanzlerbesuch in Ostpreußen eine große Bedeutung bei, da es sich in erster Linie darum handelt, die Sympathien der Reichsregierung für die Ostmarken zum Ausdruck zu bringen. Wie verlautet, wird der Kanzler in einer vorläufigen Rundgebung in Königsberg sprechen.

Die Blutopfer der Pfalz

Am Staatshaushalt des Bayerischen Landtages hat der Minister des Innern, einem Wunsch des pfälzischen Abgeordneten Wollwitzer entsprechend, eine Uebersicht über die Personenschäden, welche in der Pfalz durch die französischen Besatzungsstruppen und das Auftreten der Separatisten entstanden sind. Danach sind im ganzen 206 Personenschäden zu verzeichnen. Von den Angehörigen der Besatzungsstruppen wurden 87 getötet. Die Separatisten haben 22 Tote auf ihrem Schuldkonto. Im ganzen sind also 59 Personen getötet worden. Verletzt wurden 206 Personen, und zwar von den Besatzungsstruppen 87 und von den Separatisten 119. Der Minister drückt nach Verlesen dieser Statistik sein tiefstes Bedauern über diese Vorkommnisse aus.

Die Verantwortung für die Ruhr beihüten

Das Nachrichtenbüro des V.D.Z. veröffentlicht eine neue Erklärung der früheren sozialdemokratischen Reichsminister Schmidt und Sollmann, wonach der am 20. Okt. 1923 in Anwesenheit der sozialdemokratischen Minister gefasste Kabinettsbeschluss dem Reichskanzler lediglich die Ermächtigung gegeben habe, mit der Sachkommission in Verhandlungen über die Vorschläge der Ruhrindustriellen einzutreten. Daß das Kabinett aber gar die sozialdemokratischen Reichsminister den Vorschlägen der Ruhrindustriellen zugestimmt hätten, werde von der Reichsregierung selbst nicht behauptet. An dem, was sich von da an zwischen Reichsministern und Ruhrindustriellen abgespielt habe, hätten die Sozialdemokraten nach der klaren Bestimmung der Regierungserklärung keinen Anteil gehabt. Es widerspreche aber den Tatsachen, wenn versucht werde, die Stimmhaltung der Sozialdemokraten so zu erklären, als sei kein Einspruch grundsätzlicher oder sachlicher Art erhoben worden. Die beiden Minister hätten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Verantwortung für die Vorschläge nicht übernehmen könnten, die ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Minister zustande gekommen seien.

Aus dem Reiche und aus den Weiten

* Berlin.

Mord in der Kiderstraße. In der Nacht zum Sonntag wurde im Haus Nr. 10 in der Kiderstraße im Norden Berlins die Leiche des etwa 30 Jahre alten Magistratsbeamten Karl Ruppin aus Berlin-Neukölln in einer großen Blutlache aufgefunden. Ruppin hatte am Abend einer Versammlung beigewohnt. Es ist noch nicht aufgeföhrt, wie er in das fremde Haus gelangt ist. Ein Mädchen, das in dem betreffenden Hause wohnte und spät nachts nach Hause kam, bemerkte, wie mehrere Leute, die angetrunken zu sein schienen, im Hausflur verschwanden, nach einiger Zeit auf die Straße zurückkamen und sich hastig entfernten. Etwas später ist dann die Leiche aufgefunden worden. Es ist festgesetzt, daß Ruppin noch in der Versammlung eine silberne Taschenuhr und eine Briefkassette mit Bargeld bei sich hatte, die bei dem Toze nicht mehr gefunden wurden.

Die Berliner Kriminalpolizei hat den Leichensfund in der Kiderstraße aufgeklärt, der zum Verdacht von einem neuen Mord Anlaß gegeben hatte. Der Magistratsbeamte Ruppin ist nicht ermordet worden, sondern einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. Er war in der Dunkelheit die Treppe herabgestürzt und hatte sich dabei einen Schädelbruch zugezogen, an dem er kurz darauf verstarb.

* Berlin.

Großfeuer in Hoppegarten. Das Besitztüm Holländer in Hoppegarten, dessen Besitzer der bekannte Oberleutnant Vanse A, wurde in der Nacht zum Sonntag von einem Großfeuer heimgesucht, das eine mit Futtermitteln gefüllte Scheune und einen Schuppen, in dem moderne landwirtschaftliche Maschinen standen, vollständig vernichtete. Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, das Herrenhaus und die Stallungen, in denen sich wertvolles Jagdmaterial des Besitzes befindet, zu retten. Es wird Brandstiftung vermutet.

* Breslau.

Ein furchtbares Justizverbrechen. Der wegen vermeintlichen Mordes an 15 Jahren Zuchthaus verurteilte gewesene Trautmann, dessen Anschlag durch die Mordaffäre Bende erwiesen ist, hat sich bei der Oberstaatsanwaltschaft in Opatowitz, Trautmann ist völlig verblödet, mittellos und durch die lange Zuchthausstrafe schwer tuberkulös geworden. Inzwischen wird einem weiteren Mordmord Verbrechen nachgegangen, dessenwegen gleichfalls ein Dritter damals angeklagt war, aber glücklicherweise nicht wegen nicht genügender Indizien das Verfahren eingestellt wurde.

* Hanau.

Mit dem Auto in den Fluß! Der 48 Jahre alte, weithin bekannte Bierbrauereibesitzer Jiegswalner, Eigentümer der Steinischen Brauerei in Algenau bei Hanau, stürzte, als er in die Garage fahren wollte, mit seinem Auto die hohe Böschung des Kahlfusses hinab. Das Auto überschlug sich und fiel in den Kahlfuß; Jiegswalner ertrank.

* Hannover.

Haarmann widerrufen. — Grans soll sein Mörder sein. Das Neueste von dem 24 mal zum Tode verurteilten Mörder Haarmann ist, daß er es fertiggebracht hat, einen seltenen Brief zu schreiben und diesen Brief aus dem Gefängnis heraus an den Abreisanten gelangen zu lassen. Der Brief enthält nichts weniger als einen glatten Widerruf aller von Haarmann gegen Grans erhobenen Beschuldigungen wegen Teilnahme an den Morden. Der Brief Haarmanns hat insofern weitgehende Folgen, als damit den Verteidigern des Grans ein Instrument in die Hand gegeben wird, ein Wiederaufnahmeverfahren in die Wege zu leiten. Wie

der „Hannoversche Kurier“ erfährt, hat Haarmann inzwischen auch vor dem Richter seine Grans belastenden Aussagen zurückgezogen. Es wird nunmehr eine amtliche Nachprüfung darüber einleiten, ob und inwieweit Haarmanns heutiger Widerruf auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen kann. Beide Verteidiger, Justizrat Benjes und Rechtsanwalt Vogt, hatten am Montag morgen bereits eine Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt.

* Trebitsch (Mähren).

Ein zweiter Bende. Hier ist ein Mann namens Dvorak verhaftet worden, der im Raub verurteilt war, daß er gemeinsam mit einer Frau vor ungefähr 2 Jahren 5 Männer ermordet und die Leichen im Hofe einer Mühle vergraben habe. Bei den Nachforschungen fand man die Leichen zweier Männer. Die Untersuchung ergab ferner, daß Dvorak das Fiech der anderen Opfer eingepflegt und in den Handel gebracht hatte.

* St. Miklos (Ungarn).

Ein furchtbares Unglück. Zwei Söhne des Bahnwärters Josef Toporczek kamen nach längerer Abwesenheit zu gleicher Zeit ins Elternhaus zurück. Der ältere 34jähr. Krpad war vom Militär zurückgekommen, der jüngere Ludwig hatte am selbigen Tage das Spital verlassen. Die Familie feierte Wiedersehen. Nach dem Nachtessen wollte der ältere Bruder eine mitgebrachte Handgranate zusammen mit seinem Bruder zerlegen. Er schlug mit einem Hammer auf die festgeschraubte Granate. Sofort erfolgte eine Explosion. Die Handgranate ein und begrad die ganze Familie unter sich. Ludwig Toporczek starb sofort, Krpad am nächsten Morgen und auch die Eltern büßten kaum mit dem Leben davonkommen.

* Amsterdam.

Sturmfluten. Ein schwerer Südweststurmflutete gestern abend und heute morgen über der holländischen Westküste und verursachte teilweise schwere Schäden. In Amsterdam war die Feuerwehr bis heute früh fast ununterbrochen damit beschäftigt, die durch losgerissene Dachrinnen, Balkenmischlender und Schornsteintelle für den Fußgängerverkehr entstandenen Gefahren zu beseitigen. Der Straßenbahnverkehr wurde stark eingeschränkt und mußte teilweise, namentlich in den Außenbezirken umgeleitet werden. Der letzte von Rotterdam nach Amsterdam verkehrende Spätzug erreichte Amsterdam erst mit vierstündiger Verspätung. Da er durch umgestürzte Telegraphenstangen und über die Schienen gefallene Telegraphenleitungen aufgehalten worden war. Auf der Maas bei Rotterdam wurden eine ganze Anzahl von Schiffen, auch mehrere große Dampfer des Rotterdamschen Lloyd, darunter dessen größtes Passagierschiff, losgerissen. In der Stadt Rotterdam wurden mehrere Straßen für den Verkehr von der Polizei gesperrt, da mehrere Personen durch herabfallende Dachbalken verletzt worden waren.

* Paris.

Untert einer eingestürzten Mauer begraben. In Begleiters stürzte während der Arbeitsarbeiten bei einem Restaurationsbau eine Mauer ein und begrub 30 Soldaten und Feuerwehrleute unter sich. Disher wurden 13 Tote und 15 Verwundete aus den Trümmern geborgen.

* Aberdeen.

Geschotterter deutscher Dampfer. In Aberdeen trafen 37 Mann Besatzung des deutschen Fischdampfers „Wilhelm Bürgens“ und zweier englischer Dampfer ein, die im Sturm an der Küste Islands gescheitert waren. Die deutsche Mannschaft trieb 10 Stunden im offenen Doot bis zu ihrer Rettung.

Sonderbare Abstimmungen

Die Reichstagsliste stimmt gegen den Stambvertrag, um die Reichslagerrechte, welche den Vertrag aus taktischen Gründen ablehnen möchte, zur Annahme zu zwingen. — Das Mandat gelangt!

Deutscher Reichstag

19. Sitzung, Montag 9. Februar 1925.
Präsident Loche eröffnet die Sitzung 2 Uhr 25 Minuten und teilt mit:
daß der **Rechtsanwaltsbevollmächtigte Dr. Hoffe** sein **Rechtsanwaltsmandat** niedergelegt hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Einzelberatung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums und die Beratung der jährlichen Anträge aller Parteien wird fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den **Abchnitt**
Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.
Abg. Greg (Soz.) wendet sich gegen die zahlreichen Betriebsstilllegungen bei Reichsbetrieben, wodurch Tausende von Arbeitern drohen zu werden.
Abg. Hartmann (Dnat. Sp.) erklärt, die beste Lösung der Erwerbslosenfrage liegt in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Hier müsse besonders die Erschließung von Moor- und Dehlandbereichen in Angriff genommen werden.
Abg. Barthel (Dem.) beantragt, den Vertrag von 18 Millionen Mark vorwiegend zur Unterstützung solcher Erwerbslosen zu verwenden, deren Unterhaltungsarbeiten abgelaufen ist. Der Redner fordert weiter eine Summe von 80 Millionen Mark zur Herstellung von Klein- und Mittelmwohnungen und zur Dehlandkultivierung.
Abg. Kadei (Soz.) verlangt Erhöhung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge um 500 Millionen Mark.

Ministerialdirektor Walter wendet sich gegen die Darstellung der Linken, als ob die letzte Erhöhung der Unterhaltungsätze eine Knarre sei. Für den Wohnungsbau sei die produktive Erwerbslosenfürsorge ungeeignet, im kommenden Frühjahr werde voraussichtlich unter den Bauarbeitern keine Arbeitslosigkeit herrschen, eher werde ein Mangel an geeigneten Bauarbeitern herrschen. Der Redner wendet sich dann dem Tarif-, Lohn- und Einigungsweisen zu.
Abg. Gok (Dnat. Sp.) stellt nach seinen Erfahrungen als Beisitzer im Schlichtungsverfahren fest, daß die Schlichtungsrichtung nur sehr kümmerliche Erfolge gehabt habe. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß der Unternehmer irgendein Interesse an niedrigen Löhnen hätte. (Lachen links.) Er habe an richtigen Löhnen Interesse. Zu niedrigen Löhnen seien ein Zeichen dafür, daß ein Betrieb krank sei, und kein Unternehmer werde das wünschen.
Abg. Aufhäuser (Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Banken, die nach Einbeziehung ihrer festigen Inflationsgewinne nicht nur die Papierkassen, sondern auch die Geschäfte eingekauft hätten. Den auf die Straße geworfenen Arbeitslosen habe das Arbeitsministerium den Rat gegeben, sich nach Paris zu wenden.
1/7 Uhr wird die Haushaltsberatung unterbrochen. Die über die Beschlässe des Ausschusses hinausgehenden Anträge in der Erwerbslosenfrage werden abgelehnt.
Es wird dann die zweite Beratung des **Wirtschaftsabkommens mit Stamb.** bei der in der letzten Sitzung des Hauses Beschlußfähigkeit eintrat, fortgesetzt.

Abg. Koch (Weser, Dem.) erklärt, es müßte durch die namentliche Abstimmung festgestellt werden, ob die Deutschnationalen die Konsequenz aus ihrer Anschauung über den Vertrag ziehen und dagegen stimmen werden, oder ob die Worte, die der Agitation entnommen wurden, von ihnen nur als billige Schwelme angesehen werden.

Abg. Dittmann (Soz.) hält der Rechten vor, sie wolle nur die Macht in die Hand bekommen, aber sie drücke sich um die Verantwortung herum. Die Deutschnationalen wollen in der Regierung bleiben und den Bürgerblock für ihre Zwecke ausnützen. Sie sollen jetzt aber auch gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat. Sp.), der von lebhaften Uha-Rufen der Linken empfangen wird, erklärt, daß die Haltung der Demokraten und Sozialdemokraten in der letzten Sitzung seine Freunde veranlaßt hätte, ihre Stellung zum Vertrage nochmals zu überprüfen. Redner bedeutet unter dem Gesicht der Linken die Vorgänge des letzten Sonnabend und hält es für durchaus unzulässig, eine außenpolitische Frage nach innenpolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden. (Inhaltendes Gelächter links.) Eine Mehrheit für die Vorlage sei unter allen Umständen gesichert. Auf eine Ablehnung des Vertrages hätten auch seine Gegner nicht gehofft. (Minutenlanges Gelächter in der Mitte und links.) Der Zweck seiner Rede sei gewesen, dem Auswärtigen Amt gegenüber dem Auslande den Rücken zu stärken. Es sei notwendig, daß eine große Partei im Reichstoge tatkräftig darüber wache, daß die Interessen des Landes nicht geschädigt werden. (Erneutes Gelächter links.) Infolge des Vorgehens der Demokraten und Sozialdemokraten sei jetzt eine andere Aufgabe in den Vordergrund getreten. Jetzt handle es sich darum, daß außenpolitische Beziehungen nicht zum Spielball parlamentarischer Leidenschaft gemacht werden. (Großes Gelächter links und in der Mitte.) Deshalb hätten auch diejenigen seiner Freunde, die Gegner des Vertrages waren, sich entschlossen, dafür zu stimmen. (Schallendes Gelächter links und in der Mitte.)

Abg. Koch (Weser, Dem.) beantragt, die Rede des Abgeordneten v. Freytagh-Loringhoven öffentlich anzulassen zu lassen. (Große Heiterkeit.) Sozusagen habe noch niemand die Verantwortungslosigkeit seiner eigenen Rede im Reichstoge öffentlich dargelegt. (Anruhe rechts. Lebhaftes Zustimmung links.) Der Zweck des Vorgehens der Demokraten sei, die Hoheit der deutschnationalen Agitation, die sich seit fünf Jahren breitmache, einmal öffentlich hier festzuhalten. (Zustimmung in der Mitte. Gelächter rechts.)

Abg. Graf Westarp (Dnat. Sp.) erklärt, dem Volke werden die Augen geöffnet werden über den Antagonismus der Demokraten und Sozialdemokraten, eine Frage der auswärtigen Politik werde zu entscheiden nach innenpolitischen und taktischen Rücksichten. (Zustimmung rechts, Lachen links und in der Mitte.)

Die Abstimmung über den Artikel 1 ergibt dann die Annahme der Vorlage mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Stimmhaltung. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten.
Die Vorlage wurde darauf auch in der dritten Lesung und in der Schlussabstimmung angenommen, ebenso die Entscheidung zugunsten der Deutschnationalen.
Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr. Reichsarbeitsministerium. Schluß 2 Uhr.

Die Preußenfrage

Zur heutigen Nacht des preussischen Ministerpräsidenten schreiben die Berliner Blätter, daß Maxr voraussichtlich mit derselben Mehrheit gewählt werden wird wie Braun. Maxr werde sein Kabinett auf der Grundlage der Weimarer Koalition bilden und versuchen, die Wirtschafspartei zur Stützung seines Kabinetts heranzuziehen.
Laut „Vorwärts“ soll das Ministerium des Innern unter der Leitung Severinus bleiben. Der „Berl. Lokalanzeiger“ will wissen, daß an Stelle des bisherigen Abgeordneten Barthels der leitende Ministerpräsident Braun von der Weimarer Koalition zum Reichspräsidenten vorgeschlagen wurde.

„Dipomatenkrantheit“?

Der Reichsarbeitsminister Brauns hat auf dringliche Anordnung einen mehrwöchigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit annehmen müssen, um die Folgen wiederholter Rückschläge in Rierentzündung auszuheilen. Seine Vertretung übernahm in allen Teilen Staatssekretär Dr. Gehl. Uns dünkt, dieser Erholungsurlaub wird Anlaß sein, daß Brauns, der der Zentrumspartei angehört, nicht wieder auf seinen Posten zurückkehrt. Er wurde selbst von seinen eigenen Parteigenossen kürzlich schwer angegriffen und man darf bei ihm zweifellos von der bekannten „Dipomatenkrantheit“ sprechen.

M. d. R. Huhe

Als Nachfolger des ehemaligen Reichspostministers Huhe wird der Gewerkschaftssekretär Hub aus Heilbronn in den Reichstag einziehen.

Das Verfahren gegen Hoeffe

Der Reichsbevollmächtigte Dr. Hoffe hat an den Generalstaatsanwalt die Bitte gerichtet, vom Erlass eines Haftbefehls gegen Hoeffe Abstand zu nehmen, da dieser nicht daran denke, sich dem ihm drohenden Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen. Die Anklage gegen Hoeffe lautet auf passive Bestechung und Amtsuntreue.

Die Devisenankäufe Bauers

Einer Korrespondenzmeldung zufolge von neuen den ehemaligen Reichskanzler Bauer bereits das Ermittlungsverfahren auf Grund der Anklagebaureisen eingeleitet worden sein, daß er einzeln den feinerzeit bestehenden Vorkauf Anläufe von Devisen zum eigenen Vorteil getätigt habe.

Vorausichtliche Witterung

vom 10. abends bis 11. abends.
Veränderliche, vorwiegend starke Bewölkung. Regenfälle von kurzer Dauer, Temperaturen nicht wesentlich geändert, weiterhin böig und unruhig; Winde aus westlichen Richtungen.